

Tausche Bildung gegen Rente

Es bedarf keines Wirtschaftsstudiums, um zu erkennen, dass man stets nur so viel Geld ausgeben kann, wie man hat. Wissenschaftler aller Fakultäten bekommen diese Tatsache seit geraumer Zeit zu spüren.

Viel zu oft wird der jungen Generation die immergleiche Litanei der leeren Kassen vorgebetet. Die Sozial-Ökologische Bundesregierung plädiert an unsere Vernunft, dann an unser Dankbarkeitsgefühl. Ihr Ideal der Chancengleichheit machte der Chancengerechtigkeit Platz. Jetzt soll an genau dieser Stelle mit Studiengebühren eine Elite-Universität gebaut werden.

Wir haben verstanden. Hier kommt unser Dank:

Danke, dass Sie, liebe Rot-Grüne Regenten die Studiengebühren in kleinen Schritten einführen werden. Das härtet uns ab. Lieb von Ihnen, Sie hatten bestimmt nur unser Wohl im Sinne. Schließlich wissen Sie ja auch am besten, was für uns gut ist. Und Unruhe finden Sie im Super-Wahljahr 2004 nicht gut - klar.

Natürlich ist es sinnvoll, bei der Deckung von Kosten nach

dem Verursacherprinzip vorzugehen. Das haben wir verstanden. Sie kündigen uns also einseitig den Generationenvertrag? Es stört Sie nicht, dass keiner von uns ohne die Eltern, BAFöG, Jobben oder Sti-



pendien über die Runden käme? Wollen Sie, liebe SPD- und Grünen-Minister, die Sie den staatlichen Bankrott verwalten, jetzt auch noch Kredite geben? Sie glauben, Millionen hochverschuldeter Akademiker seien in Zukunft in der Lage, Ihre Rente zu

erwirtschaften?

Regierungsbänke sind weich. Sie haben Glück, unsere Eltern und wir halten am Generationenvertrag fest. PISA hat uns gezeigt - dank ihres unverant-

wortlichen Bildungsabbaus wären wir nicht einmal in der Lage, auszurechnen, was Sie der Gemeinschaft schulden.

So kommen wir voran

Ist Forschung und Lehre eine hoheitliche Aufgabe, die nur von Beamten zu

leisten ist? Einfache Frage - simple Antwort: nein. Es scheint sogar, dass unsere Forscher sich vor dem Beamtenleben fürchten. Warum sollten sie sonst in die USA flüchten?

Hören Sie auf, unschuldiges Lehrpersonal zu quälen und erlösen Sie es vom Beamten-dasein. Ach so - sie würden ihre treuste Lobby verprellen? Das wird ihnen doch nichts ausmachen, sie handeln doch zum Wohle der Bevölkerung. Was die Verwendung des eingesparten Geldes angeht, haben Sie bestimmt schon viele gute Ideen. Wir haben da eine unerhörte: stecken Sie es in die Uni.

Wo kommen wir denn da hin?

Willkommen in der Realität. Wettbewerb beginnt schon im Tierreich. Haben Sie wirklich gedacht, die Unis könnten sich dem widersetzen? Gute Uni - hohe Nachfrage.

Was das für die Studierenden kostet? Das entscheiden nicht Sie, liebe Sozial-Ökologen. Das sagt uns dann die Uni. Ihre Elite-Unis wollen wir nicht. Sie haben doch nicht ernsthaft angenommen, wir

trauten Ihnen zu, so etwas auf die Beine zu stellen? Keine Angst, jetzt kommt kein Vergleich mit der LKW-Maut.

Wenn wir zahlen, dann an unsere Uni. Direkt. Ohne Ihre Zinstricks auf Zwischenkonten. Ohne, dass Sie auch nur einen Cent davon verprasen können. Der Trick hat einmal funktioniert. Noch einmal fallen wir nicht auf einen Betrug a la Ökosteuern herein.

Es schließt sich der Kreis - auch für diese Erkenntnis muss man keiner der Wirtschaftsweisen sein: Es wird in Zukunft einen Wettbewerb unter den Hochschulen geben. Wenn Sie ihre Finger endlich herauslassen. Sie haben den Karren in den Dreck gefahren - wir ziehen ihn wieder heraus. Daran gewöhnen wir uns besser gleich. Das ist nämlich nur der Anfang.

Sie machen die Schulden, wir tragen sie ab. Nicht mit uns. Herausforderung angenommen!



Impressum:
Liberales Hochschulgruppe
Karlsruhe
c/o UStA Uni-Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe
V.i.s.d.P. Jonas Hahn
Email: pr@breitseite.org



Schön, dass man wenigstens die LHG wählen kann.

Liberalismus, eine der schönsten Freiheiten der Welt

Lernraum statt Leerraum!

Chemie-Bib – Voll. Mensatreff – monatelange Dauerausstellung über Mensaausbau in Pforzheim! Nicht viel besser sieht es in der Wiwi Bib oder der Info Bib aus, gerade jetzt wo die Klausurzeit vor der Tür steht wird deutlich dass das Angebot von Lernraum an der Uni zu knapp ist. Einen einzelnen Platz nach mühsamer Suche zu erhaschen, mag ja noch möglich sein, aber als Gruppe einen angemessenen Platz zu finden in der Gruppen endet allzu oft frustrierend. Umso verheerender also die Auswirkungen die durch die Schließung des Mensa-Treffs auftreten. Brechend gefüllt vor allem in unmittelbarer Nähe zu der Klausurzeit stellte er, selbst kaum mehr als ein Provisorium, konnte er doch schon damals die Nachfrage kaum befriedigen.

(Je nach Fakultät sieht das Angebot unterschiedlich aus. Meistens an den Bibliotheksbetrieb angegliedert bietet beispielsweise die Chemie hervorragende, wenn auch

begrenzte Möglichkeiten. Wenn auch nicht optimal und durch zahlreichen Publikumsverkehr gekennzeichnet, stehen in den Foyers aller Wiwibauten Sessel und Tische.)

Das Problem ist nicht weiß Gott nicht neu! Die LHG hat schon vor drei Jahren dieses Thema ganz oben auf die Dringlichkeitsliste gesetzt, gleich hinter die komplizierte Wohnraum-situation. Geling es dem LHG/RCDS-geführten UStA damals, durch das Anmieten der Mackensen Kaserne Linderung zu schaffen, führten zahlreiche Interventionen bei der Verwaltung zu nichts. Der jetzige UStA setzte andere Prioritäten, geschehen ist seit dem wenig, erreicht wurde nichts! Alles soll besser werden mit dem Ausbau der Bibliothek, aber an Übergangsregelungen wurde nicht gedacht! Abgesehen davon, dass schon einmal alles besser

werden sollte, beim Bau des Hörsaales am Forum. Ob das dann allerdings ausreichend sein soll? Die einfachste Lösung, nach mehr Geld zu verlangen, wird wohl kaum zielführend sein. Vielmehr sollte die Frage gestellt werden,

ob die vorhandenen Gelder optimal eingesetzt werden. Muss etwa ein Prestigeobjekt wie ein Tagungshotel der Universität in Freudenstadt sein? Wie viel Geld hat etwa das International Department verschlungen, ein aufwendig restaurierter Bau

in bester City-Lage? Hätte man mit diesen Millionen nicht viel eher das baufällige Maschinenbauhochhaus sanieren können? Warum konnte nicht die in den letzten Jahren fertig gestellten Gebäude auf dem Rasen vor dem Alten Stadion Lernräume eingerichtet werden?



Die LHG wird sich, wie in den vergangenen Jahren auch, dafür stark machen, dass bei zukünftigen Baumassnahmen stärker als bisher den Bedürfnissen nach Gruppenräumen Rechnung getragen wird. Da das nicht von heute auf morgen umsetzbar ist müssen Übergangslösungen her. Die LHG denkt dabei vor allem an eine Nutzung der Mensa Speisesäle außerhalb der Essenszeiten. In Kooperation mit den Fachschaften soll zudem Fakultätsspezifisch nach Wegen gesucht werden, die Situation zu verbessern. Damit es in Zukunft heißt: Lernraum statt Leerraum!

10 Thesen zur Hochschulpolitik

Die aktuelle Diskussion um die Eliteuniversitäten muss genutzt werden, um endlich die Gleichmacherei im deutschen Hochschulwesen zu beenden. Ein klares Bekenntnis zu Spitzenuniversitäten ist von Nöten. Diese Spitzenuniversitäten haben Leuchtturmfunktion und stärken Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb.

Kurzfristige Sonder-Programme, mit denen vereinzelte Hochschulen zu sogenannten Elite-Universitäten getrimmt werden sollen, sind nicht in der Lage, die Probleme im deutschen Hochschulbereich zu lösen. Die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Ermittlung der Elite-Hochschulen mutet an wie TV-Shows unter dem Titel „Deutschland sucht die Elite-Uni“ statt „Deutschland sucht den Superstar“. Ziel liberaler Politik ist es, einen echten Wettbewerb unter Hochschulen herzustellen im Gegensatz zu sozialistischen Sandkastenspielen. In der Hochschulfinanzierung muß ein Systemwechsel herbeigeführt werden, der eine Qualitätssteigerung an allen Hochschulen dauerhaft mit sich bringt. Die LHG vertritt dabei folgende Thesen:

1. Entscheidend für das Ansehen einer Universität und damit einer Einstufung als „Elite-Universität“ sind die einzelnen herausragenden Fakultäten. Eine Einstufung ganzer Universitäten als „Elite“ ist deshalb nicht sinnvoll.

2. Der Umstieg von der Objektförderung (Hochschule) auf die Subjektförderung (Studierender) für Lehre, Gemeinkosten, Gebäude und Grundfinanzierung der Forschung muss vorangetrieben werden. Der LHG spricht sich gegen die Erhebung staatlicher Studiengebühren aus. Um den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ im Bildungswesen zu nutzen sowie der Verschwendung von Geldern entgegenzutreten, tritt der LHG für die Einführung des Bildungsgutscheinsystems ein. Die Privatisierung des Ausbildungsrisikos wird c.p. abgelehnt.

3. Bildungsgutscheine, eigene Rechtsfähigkeit der Hochschulen, Dienstherrschaft, die Möglichkeit Entgelte zu erheben müssen zentrale Bestandteile einer Hochschulstrukturreform werden. Es werden sich dann automatisch Spitzenhochschulen entwickeln, die zusätzliche Mittel von Studierenden, Alumni und Förderern aus der Wirtschaft akquirieren.

4. Die Art und Weise der Durchführung des Studiums, ob als Voll- oder Teilzeitstudium, muss allein Sache des Verhältnisses zwischen Studierenden und Hochschule sein.

5. Die Hochschulen sollten in der Ausgestaltung ihrer Angebote und Abschlüsse frei sein. Staatliches Lenkungsmittel darf lediglich die Anerkennung bestimmter Abschlüsse zur Übernahme in den Staatsdienst sein. Diese Abschlüsse müssen akkreditiert werden. Es darf kein Zwang zur Einführung bestimmter Abschlüsse (Bachelor/Master) ausgeübt werden; wird ein Diplomstudiengang an einer Hochschule nachgefragt, dann soll sie ihn auch weiterhin anbieten dürfen.

6. Zusammen mit dem Übergang der Dienstherrschaft auf die Hochschulen muss das Bildungsbeamtentum abgeschafft werden. Die Vermittlung von Lehrinhalten und die Forschung sind nicht hoheitliche Aufgabe. Staatsprüfungen können auch unter notarieller Aufsicht abgenommen werden. Momentan verbeamtetes Lehrpersonal kann in Sondervermögen analog Bahn/Post aufgefangen werden.

7. Die ZVS muss abgeschafft werden, die Hochschulen müssen ihre Studierenden selbst auswählen. Die Bildung von „Bewerbungsverbänden“ muss erlaubt werden.

8. Die Gruppenuniversität hat versagt, Universitäten mit starken Präsidenten sind eindeutig die reformfreudiger. Deshalb muss die innere Organisation allein Aufgabe der Hochschule sein, der Gremienwirrwarr muss abgeschafft werden. Für die Mitgestaltungsrechte von Mitarbeitern und Studierenden ist eine Regelung ähnlich dem Betriebsverfassungsgesetz notwendig.

9. Den jeweiligen Standorten muss es möglich sein analog zu Wirtschaftsförderungsprogrammen „Wissenschaftsförderungsprogramme“ zur gezielten Förderung der Hochschulen aufzulegen und damit die Entwicklung am Standort zu fördern.

10. Hochschulen in privater Trägerschaft dürfen in der Finanzierung nicht gegenüber staatlichen benachteiligt werden.